

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 57618 Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Schred-Konto: Essen 24171 Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.
Verantwortlich für den Inhalt: Feinr. Limberg, Essen. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38-42
Telephon-Nr.: 4300, 4301, 4302
Telegraph: Mittelverband Bochum

Bürgerblock - Arbeiterblock!

Wenn den Leser diese Zeilen erreichen, ist wahrscheinlich der verschleierte Bürgerblock im Reich Tatfacke. Wenn auch in loser Form: es haben sich dann die bürgerlichen Parteien im Reichstag, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, zu einer Regierung gegen die Arbeiter vereinigt. Ob die Bindungen der Parteien loser sind als bei sonstigen parlamentarischen Regierungen, ob der Block-Mittelmüdel als ein vorübergehendes Provisorium betrachtet wird, ändert nichts an der Tatsache, daß der Bürgerblock besteht und sich notwendig in der Politik des Tages auswirken muß. Weshalb wollten denn Deutschnationale und Volkspartei diesen Block? Die Volkspartei wollte ihren Einfluß auf die Politik im Interesse der Schwerindustrie, der sozialen Reaktion, verstärken durch die Deutschnationalen. Sie will zugleich die letzteren kompromittieren durch Teilnahme an wichtigen außenpolitischen Entscheidungen, die zwangsläufig gelöst werden müssen im Sinne der bisherigen Erfüllungspolitik. Die Deutschnationalen wollen Macht im Reich und in Preußen im Interesse ihrer monarchistisch-reaktionären Ideen.

Das Geschäftsleute wie die von der Volkspartei so wenig Sinn für die notwendigen Grundlagen ruhigen Geschäfts haben, wie sie in wirtschaftlicher, sozialpolitischer Verhinderung liegen, müßte eigentlich wunder nehmen, wenn man nicht schon von Stinnes her daran gewöhnt wäre, daß geschäftliche Gerissenheit selten mit politischer Klugheit verbunden ist. Viel schlimmer und bedeutungsvoller aber wäre der Umschwung des Zentrums zur Bürgerblockpolitik. Daß im Zentrum diese Wendung als eine entscheidende für die Arbeiterklasse, für das ganze Volk empfunden wird, zeigte sein Bösewicht, die Ablehnung von Ministerposten durch rheinische Zentrumsleute und sein Festhalten am Kabinett Braun in Preußen. Aber mit Labieren und Sinhalten ist die Frage deutscher Zukunft heute nicht mehr zu lösen. Klare Antwort auf die Frage: Soziale Republik oder reaktionärer Bürgerblock tut not!

Wir Gewerkschafter haben das allergrößte Interesse an dem Schutz und der Festigung der deutschen Republik und ihrer verfassungsmäßigen Einrichtungen, nicht weil diese unser Ideal wären, sondern weil sie gute Vorbedingungen sind für den Kampf, den die Gewerkschaften für die breite Masse der Arbeitnehmerschaft führen. Wie wir, so haben auch Zentrumsleute die Weimarer Verfassung und soziale Politik in ihrem Sinne als Notwendigkeit für Gesundheit und Wiederaufstieg unseres Volkes erkannt und gepriesen. Vor kurzem hat Dr. Wirth Reden und Aufsätze von 1918 bis 1924 in Buchform herausgegeben: Unsere politische Linie im deutschen Volkstaat. Wir lesen dort:

„Der Gedanke des demokratischen Volksstaats muß in seiner ganzen Klarheit und Reinheit erfasst werden, lebendig gefaltet werden! Das haben wir in Weimar als die Rettung unseres Volkes erkannt und gewollt! Ein Volksstaat ist allerdings undenkbar unter dem Schlagwort: Sie Bürgerblock - Sie Proletariat!
Die Bedeutung der Arbeiterwelt (und damit sind alle Hand- und Lohndarbeitenden Kräfte gemeint!) in einem Staat darf nicht übersehen werden. Ohne sie keine politische Verhinderung, sondern Entfesselung wilder Bruderkämpfe, ohne ihre Leistungen keine außenpolitische Befreiung, sondern weitere Anrechtung und Entrechtung.“

Zum speziellen Thema „Bürgerblock“ schrieb Dr. Wirth, daß er darstelle

„das zielbewusste Streben, dem Besitz und seiner Zusammenfassung einen staatspolitischen Vorrang über diejenigen zu geben, die über kein festes Eigentum verfügen.“

Diese Richtung, sagt Wirth weiter, „müßte den Menschen ohne Kapitalbesitz und ohne willentose Einordnung in ihr Wirtschaftssystem oder Parteigeriebt, weist ihn vielmehr der „Masse“ zu, die zu beherrschten der Bürgerblock berufen sein soll.“

Dieser Bürgerblock muß nach Dr. Wirth „entweder zu den verfassungsändernden Mitteln des völkisch-faschistischen Terrors greifen, um sich zu halten, oder er wird schon bald abgelöst werden durch eine Regierung derjenigen, die er beruht von der Staatsverantwortung zurückgedrängt hat, mit anderen Worten: einer stark sozialistischen Arbeiterregierung.“

Ebenso scharf wie Dr. Wirth haben sich die geistlichen Präzedenzen der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, haben sich die namhaftesten Führer der westdeutschen christlichen Gewerkschaftsbewegung gegen eine Rechtsorientierung der Politik gewandt. Trotzdem erfolgt sie mit Hilfe, unter Duldung des Zentrums?
Es ist nicht unsere Sache, hier gegen das Zentrum zu polemisieren, wir verzeichnen nur die tragische Entwicklung seiner Politik, die, mag es wollen oder nicht, für die Millionen der schaffenden Arbeitnehmer sich unheilvoll auswirken muß.
Außenpolitisch laufen die Dinge zwangsläufig, Kompromisse mit der Entente in der Frage der Ruhr-Röhm-Räumung gelingen hoffentlich auch dem Luther-Kabinett, wenn es dabei für nationalpolitische deutsche Sünden auch manch derben Rajenstüber bekommen dürfte. Aber es kann, je nach Art und Ton der Bürgerblockpolitik, auch hier so kommen, daß neue Gefahren für unsere Wirtschaft entstehen, die wie die Vergangenheit zeigt, immer zuerst von den Arbeitnehmern ausgehend werden müssen.

Der Politik war am 11. Januar formell da, wie er sich auswirkt, wie er beendigt wird, ist eine noch offene Frage. Die im neuen Reichskabinett ausgleichsgebenden Leute bieten leider keine Gewähr dafür, daß sie den Profitgeliisten der Schwerindustrie in dieser Frage energig entgegenzutreten. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterorganisationen die internationalen Praktiken der Monopolisten aufmerksam verfolgen und ihre Volksschädlichkeit zu paralysieren suchen durch vermehrte staatliche Kontrolle der kartellierten Monopolindustrie. So notwendig es ist, für Reinlichkeit im politischen Leben zu sorgen, der ganze Skandal über Barmat usw. hat nicht entfernt die Bedeutung, die ihm anheimend zuteil wird. Was hier „gehoben“ worden sein mag, ist doch nur eine Kleinigkeit, verglichen mit dem Riesenaderlaß am Boiffe, den vor-

zunehmen Agrarierium und Schwerindustrie mit Hilfe ihrer parlamentarischen Agenten sich aufschließen! Mehr wie je ist heute staatliche Kontrolle aller Kartellpraktiken notwendig.

In der Arbeitszeitfrage bedeutet der Bürgerblock eine große Gefahr für die Arbeiterschaft. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat endlich (mit 14 gegen 13 Stimmen) beschloffen, dem Reichsarbeitsminister zu empfehlen, „Hochöfenwerke, Verkokungs- und Stoflendstillungsanlagen als Gesamtanlagen den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 2. Dezember 1923 mit dem 1. März 1925 zu unterstellen.“ Nach endlosen Verschleppungen kam dieser Beschluß zustande, während ein entgegenstehender Antrag Wisfott mit den gleichen Stimmen abgelehnt wurde. Die Herren Prof. Seyde und Max Cohen (der sich noch immer Sozialist nennt) befürworteten einen Antrag, der die Einführung des Dreischichtensystems für die Feuerarbeiter bis zum 1. Januar 1926 vertieben wollte.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der auch im Bürgerblockkabinett diesen Posten beibehalten wird, kann eigenmächtig durch Verordnung die ungeliebte Zwölfstundenarbeit befehlen. Er wird es nicht tun. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 14. Januar teilt mit, daß Dr. Brauns in einer kürzlich stattgefundenen Unterredung von Vertretern der Industrie mit den Ministerien die Zustimmung gegeben habe, daß er nicht von sich aus eine Entscheidung treffen, sondern diese dem Gesamtkabinett überlassen wolle!

Also: das Bürgerblockkabinett wird über diese Lebensfrage der Arbeiterschaft entscheiden! Soweit die Herren nicht schon von vornherein auf dem Standpunkt der Unternehmer stehen, wird es ihnen klar gemacht werden von ihren Auftraggebern, den Industriellen. Wie sie entscheiden sollen, sagt ihnen die „Berw.-Ztg.“ schon ganz deutlich:

„Ehe eine Entscheidung getroffen wird, soll man sich klar machen, daß, wenn sie für die Wiedereinführung des Dreischichtensystems in Hochöfen- und Kokereibetrieb ausfällt, damit der Anfang für weitere Forderungen der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist, die über kurz oder lang zur vollständigen Beseitigung der Arbeitszeitverordnung und damit zur Wiedereinführung des schematischen Zwölfstundenages führen müßten. Daß unsere Wirtschaft aber das nicht ertragen kann, ist eine Binsenwahrheit, die den Herren in Berlin wohl noch nicht verborgen geblieben ist.“

Ja, so soll, so muß und so wird es sein! Eine Bürgerblockregierung kann diese Notwendigkeit verzögern, sie kann sich für schroffe Reaktion auch auf sozialem Gebiet entscheiden, aber um so rascher wird wahr werden, was Dr. Wirth prophezeite: Eine Erhebung dieser Regierung durch eine soziale mit starkem Arbeitereinfluß! Wenn Dr. Brauns noch Wert darauf legt, als zahmer - sehr zahmer - Sozialpolitiker und nicht als bornierter Scharfmacher zu gelten, dann müßte er sein Verbleiben in dem Lutherkabinett davon abhängig machen, daß dies Kabinett die Zwölfstunden-Sklavenarbeit der Schwerarbeiter beseitigt. Ist doch die Forderung, um die es sich hier handelt, nicht etwa eine „marxistische“ allein, sondern die Forderung aller Arbeitnehmer, aller einsichtigen Sozialpolitiker!

Dem Bürgerblock kann nur der Arbeiterblock, der weit über die Grenzen einer Partei hinausgreift, entgegengesetzt werden. Wir hoffen, daß das Zusammenarbeiten der Arbeitnehmerschaft verschiedener politischer Anschauung gegenüber den drohenden Gefahren auf sozialem Gebiet auch ferner erhalten bleibt. Aber wie hier die Dinge sich auch entwickeln mögen: Nicht der sozialen Reaktion, sondern dem sozialen Fortschritt gehört die Zukunft! Deutschland wird, selbst nach kürzerer oder längerer Bürgerblocktragiködie, eine soziale Republik sein oder es wird nicht sein!

Gegen die Unternehmerwillkür im Bergbau.

Mit dem Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes führen die Arbeitgeber im Bergbau den schärfsten Kampf gegen das Reichsknappschaftsgesetz. Neben allen möglichen Schikanen der Unternehmer gegen die Bergarbeiter, um ihnen das Reichsknappschaftsgesetz zu verketten, gehen neuerdings noch die Unternehmer dazu über und kürzen den Invaliden, die auf Grund ihres Alters und der Bestimmungen des RAG zu Invaliden gemacht worden sind, den Lohn. Die Abgeordneten im Preussischen Landtag, die Verbandskammeraden sind, haben angeregt, eine große Anfrage wegen dieser Frage einzubringen. Die Anfrage lautet:

„In letzter Zeit gehen die Zechenbesitzer im Ruhrrevier und auch in anderen Bergrevieren gegen die Knappschaftsinvaliden brutal vor. Den Altersinvaliden, die auf Grund des RAG zu Invaliden gemacht worden sind, haben die Zechenverwaltungen durchweg die Löhne um 2 Mk. und darüber hinaus pro Schicht gekürzt. Diese Lohnkürzungen treffen die Invaliden am härtesten, welche vor der Invalidität im Schichtlohn gearbeitet haben und weit geringer als die Dauer entlohnt wurden. Die Lohnkürzungen bei den Invaliden durch die Zechenverwaltungen wurden auch dann vorgenommen, wenn sie die volle Leistung ihrer Gruppe aufwiesen. Die Maßnahme widerspricht dem vereinbarten Tarifvertrag. Der Manteltarifvertrag für das rhein-westf. Steinkohlenrevier, gültig ab 1. Juni 1924, befaßt im § 5 Abs. 14:

„Für die Arbeiter, deren Arbeitskraft durch Invalidität oder besondere Verhältnisse beeinträchtigt ist, erfolgt die Bezahlung grundsätzlich nach ihrer Leistung und zwar in dem Verhältnis zum vollen Tariflohn, in dem ihre Leistung zu der des voll erwerbsfähigen Arbeiters in gleicher Beschäftigung steht. Bei durchgehend gleicher Leistung wie der in der Arbeitskraft nicht beeinträchtigten Arbeiter muß der Lohn im Benehmen mit dem Betriebsausschuß (Betriebsratsobmann) festgesetzt.“

An diese klare und eindeutige Bestimmung des Tarifvertrages stoßen die Zechenverwaltungen sehr wenig. Den Invaliden, die ihr Recht an den Berggewerkschaften geltend machen, wurde mit Entlassung gedroht, um sie dadurch zu veranlassen, die Klage zurückzunehmen. Die Vorstände der Berggewerkschaften geben den Arbeitgebern in den meisten Fällen recht; die Invaliden werden mit ihrer Klage abgewiesen.
Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, damit die Arbeitgeber den Knappschaftsinvaliden den tarifmäßigen Lohn zahlen? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die Knappschaftsinvaliden vor der Willkür der Zechenbesitzer zu schützen?“

An unsere Mitglieder!

Bereitet die Betriebsräte wahlen vor!
Die im Bergbau vertretenen gewerkschaftlichen Organisationen haben sich auf die Zeit vom 25. bis 27. März

als einheitlichen Termin für die diesjährigen Betriebsräte wahlen im Bergbau verständigt. Wir fordern die Kameraden auf, diesen Termin einzuhalten und mit den Vorbereitungen alsbald zu beginnen. Eine sorgfältige Vorbereitung ist unerläßliche Vorbedingung für einen guten Ausgang der Wahlen. Die diesjährigen Betriebsräte wahlen sind von besonderer Bedeutung. Sie müssen den Unternehmern zeigen, daß ihre Bestrebungen auf Abbau der Arbeiterrechte und Ausschaltung der Gewerkschaften vergeblich sind. Der Ausfall der Wahlen muß ein Sieg des freigewerkschaftlichen Gedankens werden.

Die Betriebsräte wahlen finden statt in einer Zeit, wo zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern schwer um die bestehenden Arbeiterrechte und die Sozialpolitik gerungen wird. Lohn- und Arbeitszeitfragen stehen im Vordergrund bei dieser Auseinandersetzung. Der Kampf mit den Unternehmern kann nur durch starke Gewerkschaften zugunsten der Arbeiter entschieden werden. Eine gute Vorbereitung der Wahlen ist die erste Voraussetzung für deren gutes Gelingen. Darauf muß das größte Gewicht gelegt werden!

Preiselemente der Ruhrkohle.

Eine Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Preiselemente im Ruhrkohlenbergbau.

In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats am 3. Januar 1925 in Berlin wurde entsprechend einem Antrage Husemann-Wagner beschloffen, eine engere Kommission von Sachverständigen mit der Untersuchung über die Preiselemente der Ruhrkohle zu beauftragen. Damit erledigte sich auch der Antrag des Herrn Bürgermeister Dr. Sigloch-Stuttgart, die Angemessenheit der Kohlenpreise durch eine engere Kommission nachprüfen zu lassen. Der engere Kommission gehören u. a. an: Bergat Herbig, Bürgermeister Dr. Sigloch, Steiger Galsbell usw. Die Arbeiten der Kommission sollen so schnell wie möglich aufgenommen werden.

Steiger Galsbell-Buer-Scholven hat schon im April 1923 im Auftrage des Reichskohlenrats ein Gutachten über die Zusammenfassung der Ruhrkohlenpreise in der Vorkriegszeit erstattet, das zwar zu keinen neuen Ergebnissen kommt, immerhin aber lehrreich und verdienstlich ist. Darin wird zunächst gesagt, daß die Preiselemente für den ganzen Ruhrbergbau nur bedingt festgestellt werden können, weil unter gleichen Bestimmtheiten auf den einzelnen Werken nicht gleiches verstanden wird. So versteht man z. B. unter Lohnkosten je Tonne auf dem einen Werk die reinen, auf dem anderen Werk die Bruttohöhe. Auf die Lohnkosten je Tonne werden auf manchen Werken auch die Werksbeiträge zur Arbeiterversicherung, die Beamtengelder sowie die Löhne für Neubauten verrechnet. Als Materialkosten werden auf einzelnen Werken nur Materialien, auf anderen auch Werkzeuge und kleine Maschinen sowie Materialien für Neubauten verrechnet. Nur Holzkosten sind im großen und ganzen einheitlich, ebenso die Sozialkosten.

Unter Generalkosten befinden sich die Verwaltungskosten, die aber auch nicht überall gleichmäßig aufgefäßt werden, dann Steuern, andere Sozialkosten, Zinsen, Amortisation usw. Auch die Abschreibungen und Reingewinne werden nicht gleichmäßig verstanden. Klar sind nur die ausgeschütteten Gewinne, sofern sie für eine Reihe von Jahren zum Vergleiche herangezogen werden, was aber von den Verlusten wieder nicht gesagt werden kann. Weder die Selbstkosten noch der Erlös je Tonne werden einheitlich verrechnet. Auf dem einen Werk wird der Verrechnung die absolute Förderung, auf dem anderen die Nettoförderung, auf dem dritten die Abfahmung zugrunde gelegt.

Einheitlich vergleichbare Durchschnittszahlen liegen daher, mit Ausnahme der Versicherungsbeiträge, für den ganzen Ruhrbergbau nicht vor. Das Gutachten von Steiger Galsbell stützt sich darum vornehmlich auf die Geislerkühner und Harpener Bergwerks-A.-G., von denen die umfassendsten und klarsten Angaben vorliegen und deren Ergebnisse dem Durchschnitt der Ergebnisse des Ruhrbergbaus am besten entsprechen. Geislerkühner sowohl wie Harpen fördern aus allen Kohlengruben bei Teufen bis 915 Meter, unter landwirtschaftlichen Gegenden wie auch unter Städten und hochwertigen Tagesanlagen. Bei ihnen gibt es alte und neue Schachtanlagen, mit älteren und neueren Betriebsrichtungen. Ergänzend werden noch die Ergebnisse von Concordia, Essener Bergwerksverein König Wilhelm einschließlich Ewald Fortsetzung und Eiberg, König Ludwig und Mülheimer Bergwerksverein in den Jahren 1908-1912 hinzugefügt.

Der Syndikatsrichtpreis hat in den Vergleichsjahren 1908-1912 nur mit 6,5 Prozent geschwankt, der Verkaufserlös der Werke ist aber weniger einheitlich. Bei den sieben Bergwerkswerken betrug die Höchst-differenz 1908: 8,4, 1909: 7,5, 1910: 9, 1911: 10, 1912: 8,8 Prozent. Das starke Schwanken des Verkaufserlöses zeigt ebenfalls, wie schwierig Vergleiche sind, da zwei Werke mit gleichen Selbstkosten je Tonne verschiedenen hohe Verkaufserlöse haben können und umgekehrt.

Die engere Kommission hat nach alledem eine sehr schwierige Aufgabe und wird zu keinem absoluten, sondern nur zu Annäherungswerten kommen können. Bei unseren Zahlenkämpfen mit den Zechenorganen hat sich herausgestellt, daß auch der Bergbauverein bezw. der Zechenverband seine Zahlen nur angenommen bezw. geschätzt hat, da nach Dr. Füngst Gesamtnachweisungen nicht vorliegen. Selbst wenn aber Gesamtnachweisungen vorlägen, hätten sie immer nur zeitlichen Wert. Die Preiselemente der Kohle verändern sich mit dem Leistungsergebnis, den Materialpreisen und sonstigen Belastungen. Die engere Kommission wird mithin nur Annäherungswerte ermitteln können, deren Richtigkeit zeitlich sehr begrenzt ist. Absolut zuverlässiges Zahlenmaterial werden wir erst haben können, wenn die Betriebsdemokratie sich so weit entwickelt hat, daß wir den Zusammenhängen im Betriebe und den Betriebsvorgängen folgen können.

Lasten aus dem Reichsknappschaftsgesetz.

Die Ausweise der Pensionskasse des Reichsknappschaftsvereins.

Der ständige Refrain, den im verflochtenen Jahre die Bergarbeiter von den Unternehmern zu hören bekamen, hieß: „Die Lasten nach dem Reichsknappschaftsgesetz sind sowohl für die Bergbauunternehmer als auch für die Bergarbeiter nicht tragbar. Unsere Vertreter in den Organen der Knappschaft konnten demgegenüber nur betonen, daß bei vernünftiger Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen die Lasten nach dem RKG erträglich bleiben würden. Da inzwischen ein Jahr seit dem Inkrafttreten des RKG verflochten ist, lassen sich die wirklichen Lasten übersehen. Von der Verwaltung des Reichsknappschaftsvereins ist eine Zusammenstellung gemacht worden, aus der die Gesamtaufwendungen der Pensionskasse des Reichsknappschaftsvereins bis einschließlich Dezember 1924 ersichtlich sind. Wir lassen hier die Aufstellung folgen:

| | Pensionskasse des RKG. | | Anzahl der | | Gesamt- | |
|-------------------|-------------------------|-----------------|--|-----------------|---------------|--|
| | Bezugsberechtigten 1913 | aufwendung 1913 | Bezugsberechtigten Ende 1923 a. l. u. 24 | aufwendung 1924 | | |
| Invaliden | 66 465 | 18 812 959,58 | 66 180 | 78 907 | 40 127 076,11 | |
| Witwen | 59 434 | 8 009 781,46 | ? | 22 661 | 14 049 564,32 | |
| Waisen und Kinder | 61 299 | 2 089 933,87 | ? | 92 431 | 9 201 200,28 | |
| Summa | 187 198 | 28 912 674,91 | 66 180 | 289 126 | 85 518 128,58 | |

Arbeiterabteilung der Pensionskasse der Ruhrknappschaft 1924.

| | Januar | Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November |
|-------------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Beiträge | 6 871 004 | 7 872 368 | 7 768 552 | 7 807 574 | 3 243 377 | 6 947 262 | 7 529 045 | 7 521 116 | 7 366 812 | — | — |
| Ausgaben für: | | | | | | | | | | | |
| Invaliden | — | — | — | — | 2 277 391 | 2 666 209 | 3 091 477 | 3 368 030 | 3 352 215 | 3 462 856 | 3 468 707 |
| Witwen | 1 969 401 | 2 369 262 | 2 145 022 | 2 768 599 | 729 639 | 829 323 | 836 010 | 906 118 | 880 972 | 887 032 | 883 812 |
| Waisen | — | — | — | — | 180 668 | 323 669 | 328 146 | 351 102 | 341 358 | 336 193 | 329 855 |
| Ärzte | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 | 25 000 |
| Arzneien | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 | 20 000 |
| Begräbnisbeihilfe | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 | 15 000 |
| Beitrag am RKG für Steigerungssätze | — | — | — | — | 909 760 | 985 946 | 984 908 | 984 908 | 964 702 | 960 000 | 960 000 |
| Verwaltungskosten | 200 000 | 190 000 | 150 000 | 140 000 | 150 000 | 140 000 | 160 000 | 160 000 | 200 000 | 190 000 | 160 000 |
| Gesamtausgabe | 2 229 401 | 2 610 262 | 2 355 022 | 2 968 599 | 3 397 698 | 4 928 961 | 5 461 579 | 5 830 158 | 5 799 247 | 5 896 061 | 5 862 874 |
| Ueberschüsse | 4 641 603 | 4 753 106 | 5 413 530 | 4 838 975 | — | 2 018 301 | 2 067 466 | 1 690 958 | 1 567 565 | — | — |
| Fehlbeiträge | — | — | — | — | 154 321 | — | — | — | — | — | — |

In dieser Aufstellung sind die Ausgaben für die Invaliden, Witwen und Waisen in den ersten vier Monaten zusammengefaßt. Erst vom Mai ab werden sie gesondert aufgeführt. Auffallend ist, daß die Ausgaben von der Mitte des Jahres ab in die Höhe gehen. Nach unserer Auffassung ist dies der beste Beweis dafür, wie Recht unsere Vertreter hatten, als sie behaupteten, daß durch die Verweigerung der Steigerung über 25 Dienstjahre die Ausgaben größer würden als sonst. Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die zu Anfang 1924 im Ruhrrevier herrschte, war der Andrang zur Invalidisierung nicht so stark, wie von vielen Seiten angenommen worden ist. Die Bergarbeiter wußten ganz gut, daß man von der 40prozentigen Rente allein nicht leben kann, und daß es deshalb besser sei, noch einige Jahre Beiträge zu bezahlen, um sich eine höhere Rente zu erwerben. Als sie aber im Laufe des Sommers einsahen, daß vorläufig keine Aussicht bestand, die Steigerung über 25 Jahre nachzubekommen, waren sie nicht gewillt, Beiträge zu zahlen, für die sie ihre späteren Bezüge nicht steigern konnten, um so mehr nicht, als diese Beiträge selbst viel höher als

notwendig waren. Wenn jetzt die Beitragseinnahme durch die Ausgabe der Pensionskasse aufgezehrt wird, so ist dies auf die vorhin angeführten Umstände zurückzuführen. Der Ueberschuß der Arbeiterabteilung der Pensionskasse im Ruhrgebiet wird Ende 1924 mindestens 30 Millionen Mark betragen. Er ist in der Zeit der größten wirtschaftlichen Krise angesammelt worden. Die Werkverträter konnten dem hohen Beitrag in der ersten Hälfte des Jahres zustimmen, weil sie ihren Anteil nicht abführten, sondern erst hernach durch Zwangsmaßnahmen dazu gebracht werden mußten. Die Versicherungsverträter durften gegen die hohe Beitragssatzfestsetzung nicht zudiel Värm schlagen, da sie sich nicht der Gefahr aussetzen konnten, daß bei zu niedriger Beitragserhebung im Falle einer größeren Krise, die Frühjahr des vergangenen Jahres erwartet wurde, die Leistungen an die Invaliden, Witwen und Waisen nicht gezahlt werden konnten. Sie haben deshalb den Kameraden empfohlen, nicht zu sagen, daß der Beitrag von 10,50 M. monatlich, den die aktiven Knappschaftsmitglieder zu zahlen hatten, zu hoch, sondern die Höhe zu niedrig seien.

Die Gesamlast für 1924 beträgt nach dieser Aufstellung nur 85,5 Millionen Mark. Eifertige Unternehmernverbände haben eine Belastung von 225 Mill. M. herausgerechnet. Dies paßt nicht zu dem, was zur Zeit bekannt ist, daß sie den Beitrag von monatlich 10,40 M. für jede Seite, wie er in der Ruhrknappschaft erhoben wurde, auf den gesamten deutschen Bergbau berechneten. Dabei mußten die kapitalistischen Sozialreformer ganz gut, daß die Beiträge in anderen Bezirksknappschaftsvereinen noch nicht mal halb so hoch waren. Von den 22 661 Altersinvaliden, die am 1. September 1924 vorhanden waren, entfielen auf die Ruhrknappschaft 18 525 und von den 14 009 564,32 M. Gesamtaufwand, für Altersinvaliden rund 12 Mill. Mark. Dabei hat die Ruhrknappschaft nur 43 Prozent der Mitglieder der Pensionskasse des Reichsknappschaftsvereins. Die Belastung der Ruhrknappschaft durch Alterspensionäre ist im Verhältnis zu anderen Bezirksknappschaftsvereinen außerordentlich hoch. Um den Kameraden eine Uebersicht über die Belastung und die Vermögensverhältnisse der Bergarbeiterabteilung der Pensionskasse der Ruhrknappschaft zu geben, lassen wir nachstehende Aufstellung folgen:

Gegenwärtig beträgt die Zahl der Invaliden der Ruhrknappschaft 65 370. Ende 1923 betrug sie 37 193. Hinzugekommen sind 1924 auf 23 377 Invaliden, von denen 5592 nach § 25 und 22 785 nach § 2 des RKG invalidisiert worden sind. (Zu diesen Zahlen sind auch die Angestellteninvaliden enthalten.) 5297 Anträge sind 1924 abgelehnt worden, 2654 blieben unerledigt. Würde die Zahl der Invaliden sich nicht mehr wesentlich erhöhen, so kann die Arbeiterabteilung der Pensionskasse mit ihrem Beitrag von monatlich 10,50 M. für jede Seite auskommen. Wird die Streitfrage über die Steigerung der Dienstjahre über 25 zugunsten der Versicherer entchieden, so kann die augenblickliche Mehrausgabe, die sich hieraus ergibt, auf die Dauer dadurch ausgeglichen werden, daß die Zahl der Invaliden zurückgeht. Es ist zumindest dies anzunehmen. Daß der Beitrag von 10,50 M. zu hoch wäre und die Ruhrbergarbeiter ihn nicht zahlen wollten, das ist bisher in keiner Versammlung der Knappschaftsmitglieder ausgesprochen worden. Wohl hat man in den ersten Monaten gesagt, daß der Beitrag zu hoch sei und dies traf ja auch wirklich zu.

Lohn und Arbeitszeit.

Ein entscheidender Schritt zur allgemeinen Rückkehr zum Achtstundentag in Deutschland.

Erst vor einigen Tagen wiesen die belgischen Vertreter auf einer deutsch-belgischen Gewerkschaftskonferenz zur Besprechung des Handelsvertrages und des Achtstundentages mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland eine willkommene Waffe für die belgischen Industriellen sei, um die belgische Arbeiterschaft gegen ihre deutschen Klassenengenossen aufzubringen. Die Wiederherstellung des Achtstundentages sei darum für die Arbeiterschaft beider Länder von größter Wichtigkeit.

Daß die Rückkehr zum Achtstundentag in letzter Zeit in Deutschland überall große Fortschritte gemacht hat, wurde durch die kürzlich vom ADGB eingeleitete Erhebung bewiesen. Anlaß zu schweren Bedenken bot eigentlich nur die Lage in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, wo unter dem Druck der Besetzung und allgemeinen Not der Achtstundentag ganz besonders gefährdet wurde.

Der „Vorwärts“ schrieb z. B. darüber noch vor einigen Tagen u. a. wie folgt:

„Nach den Erhebungen des ADGB, ist es gegenwärtig hauptsächlich die Schwerindustrie, bei der der Achtstundentag überschritten wird. Kebrt man dort zum Dreischichtensystem zurück, so besteht kein wesentliches Hindernis mehr für die Datifizierung des Abkommens von Washington. Das ist es, was die Schwerindustriellen, die die Wahlkosten der Volkspartei und der Deutschnationalen getragen haben, um jeden Preis verhindern wollen.“

In diesem Zusammenhang ist nun ein erfreuliches Resultat zu verzeichnen, indem der sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Wirtschaftsrates nach mehrwöchigen Vorberatungen einen Antrag angenommen hat, in dem dem Reichsarbeitsminister empfohlen wird, ab 1. März Hochöfenwerke, Verformungs- und Kohlenverarbeitungsanlagen dem § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit zu unterstellen.

Damit hat sich der Reichswirtschaftsrat für die beschleunigte Wiedereinführung des Dreischichtensystems (zu acht Stunden) in der Schwerindustrie ausgesprochen. Die Unternehmerabteilung war mit einem ablehnenden Antrag in der Minderheit. Ein Kompromißantrag, den Achtstundentag am 1. Januar 1926 wieder einzuführen, wurde von Arbeitern und Unternehmern abgelehnt.

Auf den Schichtenanlagen Rheinpreußen I/II und IV/V hatten die Vererber vor und während des Krieges weniger als 10 Stunden Arbeitszeit. Nach dem Schiedsspruch vom 27. Mai 1924 steht denselben die Arbeitszeit zu, die sie vor und während des Krieges hatten (acht Stunden). Die Kameraden, auf ihr Recht pochend, verurteilten die ihnen nach dem Schiedsspruch zustehende Schichtzeit. Die Verwaltung lehnte dieses ab und zahlte für die so verschärften Schichten nur 9 Viertel des Tariflohnes. Dieses hat unsere dortige Geschäftsstelle (Wärs) zum Anlaß genommen und bei der Schiedsstelle Klage eingereicht, über deren Ausgang wir noch berichten werden.

Des weiteren ist den betreffenden Kameraden auf diesen Schichtenanlagen der Lohn um 1 Reunzel gekürzt worden. Der Verband wird deshalb eine dementsprechende Lohnklage auf Auszahlung des zu Unrecht abgehaltenen Lohnes für die Reunzel schicht beim Berggewerbegericht einreichen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Eine Amerikahypothek Iphsens.

Die Firma Iphsens hat gegen hypothetische Belastung ihrer Grundstücke einen amerikanischen Kredit in Höhe von 12 Millionen Dollar zu 7 Prozent Zinsen auf fünf Jahre abgeschlossen. Der Abschluß muß als sehr günstig bezeichnet werden.

Getreide und Brauntweibrenner.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Verarbeitung von Getreide zu Brauntwein wieder uneingeschränkt zugelassen. Er begründet die Freigabe damit, daß größere Getreidemengen infolge der ungünstigen Witterung im vergangenen Sommer und Herbst nicht mehr zur menschlichen Ernährung verwendbar seien. Aber dann hätte er nur das schlechte, erniedrigbare Korn und nicht gleichzeitig auch das vollwertige, unverdorrene freigeben dürfen! Auch der zweite Grund, die Verstärkung der Schlempe-Erzeugung sei notwendig, ist genau so wenig stichhaltig. Es gibt jetzt genug anderes nährstoffreiches Futter, so daß die Umwandlung bringend gebraucher menschlicher Nahrung in Viehfutter nicht verantwortet werden kann. Die Kornbrenner sehen jetzt ihre stets rückwärtslos vertretene Forderung erfüllt, — ihr Geschäft wird blühen, und das Volk wird das Brot noch teurer bezahlen und noch mehr hungern müssen!

Von den Betriebsräten.

Erfahrungen mit den Betriebsräten in Deutschland.

Das deutsche Unternehmertum, das nicht müde wird, gegen alle sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Kriegs- und Nachkriegszeit Sturm zu laufen, wendet sich in neuester Zeit besonders auch gegen die Betriebsräte und stellt Behauptungen auf, die seine eigene Presse oft Lügen straft.

Natürlich kann und darf es ja gar nicht Aufgabe der Betriebsräte sein, das unumkehrbare Wohlwollen und die Anerkennung der Unternehmer zu erringen. Denn neben der Pflicht, die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, an der Förderung des Betriebes und seiner Wirtschaftlichkeit mitzuwirken, haben sie vor allem die Pflicht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Einhaltung der gesetzlichen Arbeiter-schutzbestimmungen und der tariflichen Vereinbarungen zu überwachen, gleichgültig, ob es dem Unternehmer angenehm ist oder nicht.

Und in dieser Richtung haben die Betriebsräte im allgemeinen ihre Pflicht erfüllt. Zeugnis dafür geben nicht nur die von den Unternehmern und der ihnen dienstbaren bürgerlichen Presse veranstalteten Umfragen, die wesentlichen Material gegen die Tätigkeit der Betriebsräte nicht beizubringen vermochten, sondern auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, denen man eine Unbefangenheit des Urteils nicht bestreiten kann. Die Durchführung der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten des ganzen Reiches seit Befehlen des Betriebsrätegesetzes ergibt übereinstimmend die lobende Anerkennung der Betriebsräte und ihrer Tätigkeit. Und besonders im Hinblick auf die Durchführung des Arbeiterschutzes wird hervorgehoben, daß die Betriebsräte den Aufsichtsbeamten bei Ausübung ihrer Tätigkeit wertvolle Dienste leisteten. Dieses Urteil beweist, daß die Betriebsräte sich der ihnen gestellten Aufgabe gewachsen zeigten. Das Betriebsrätegesetz hat also den gewollten Zweck erfüllt, soweit es unter den dargelegten Umständen möglich war. Die noch vorhandenen Mängel werden verschwinden, je mehr sich das Gesetz einleibt, und zwar um so schneller, je eher dem gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand ein Ende bereitet, das Betriebsrätegesetz zu dem gemacht wird, was es verfassungsmäßig sein soll: die Grundlage der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Millionenheere der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte gab es nach einer Zählung zu Ende 1922 in der ganzen Welt 40 928 610, auf 22 Länder verteilt. Von diesen Zahlen entfallen auf

| | | | |
|---------------------------------|------------|-------|---------|
| freie Gewerkschaften | 18 574 330 | in 21 | Ländern |
| kommunistische Gewerkschaften | 5 358 064 | in 9 | „ |
| neutrale Gewerkschaften | 3 965 148 | in 5 | „ |
| konfessionelle Gewerkschaften | 3 025 525 | in 15 | „ |
| syndikalistische Gewerkschaften | 825 758 | in 10 | „ |
| verschiedene Gewerkschaften | 9 179 785 | in 25 | „ |

Deutschland und Frankreich sind die einzigen Länder, in denen all sechs Richtungen vertreten sind. In den meisten Staaten sind wenigstens zwei vorhanden.

Immer nach dem Stande von 1922 berechnet, sind in Deutschland 1 049 949 Mitglieder in freien, 78 737 Mitglieder in christlichen, 50 000 Mitglieder in nationalen und politischen Gewerkschaften vereint.

In Holland finden wir 33,94 Prozent in freien, 22,24 Prozent in katholischen, 11,14 Prozent in christlich-nationalen, 4,9 Prozent in syndikalistischen Gewerkschaften. In England stehen 4 369 263 Freigewerkschafter 299 921 in neutralen und 910 811 in verschiedenen anderen Gewerkschaftsrichtungen gegenüber. Die 1 395 847 Gewerkschafter Frankreichs zerfallen in 757 847 freie, 150 000 kommunistische, 125 000 konfessionelle, 100 000 syndikalistische, 93 000 neutrale und 170 000 verschiedenen organisierte.

Georg Döhnel †.

Am 6. Januar starb das Vorstandsmitglied Georg Döhnel von dem Zentralverband der Angestellten. Der Verstorbenen, der seit einer Reihe von Jahren dem Vorstande des Zentralverbandes der Angestellten angehört, hat sich seit Jahrzehnten als Pionier der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung sowie an dem allgemeinen proletarischen Befreiungskampfe beteiligt. Er war ein unermüdlicher Kämpfer für die Angestelltenbewegung. In dem Dahingegangenen betrauern wir einen treuen Begleitenden und aufopfernden Kämpfer nicht nur für seine Organisation, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung. Es geht seinem Andenken!

Internationale Rundschau.

Bergarbeiterinternationale.

Das Internationale Bergarbeiterkomitee wird am 1. Februar in Hannover zusammenzutreten, um zu den Wirkungen der Dawes-Planes auf die internationale Kohlewirtschaft Stellung zu nehmen. Unser Verband wird dazu einen Bericht vorlegen. In dieser Sitzung soll auch die im November in Brüssel offen gebliebenen Frage der Errichtung eines ständigen internationalen Sekretariats zur Erledigung kommen. Weiterhin wird über eine Entsendung von Bergarbeiterdelegierten nach Afrika zur Erforschung der dortigen bergbauartigen Verhältnisse Beschluß gefaßt werden. Nach Auslassungen der Präsidenten der Internationale, Herbert Smith, anlässlich einer Konferenz in Moskau, werden sich besonders die Engländer für eine solche Delegation einsetzen.

Der neue Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes.

William Green, der neue Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes und Nachfolger des kürzlich verstorbenen Gewerkschaftsführers Samuel Gompers, der schon mit 18 Jahren sein Leben als Bergarbeiter fristen mußte, nahm bereits in frühesten Jugend an der Organisationsarbeit des Bergarbeiterverbandes teil. In den Jahren 1900 bis 1906 bekleidete er das Amt eines Unterdistriktspräsidenten seiner Organisation. Kurze Zeit nachher rückte er zum Präsidenten des Distrikts Ohio des Verbandes der bereinigten Bergarbeiter vor, welches Amt er bis 1910 bekleidete. 1912 wurde Green zum Sekretär und Kassierer dieses Verbandes gewählt und ein Jahr später zum Vizepräsidenten und Mitglied der Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Green ist Demokrat und hat als Delegierter des Staates Ohio im Jahre 1924 am demokratischen Kongress in New York teilgenommen. Er ist einer der bestinformierten Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung und Mitglied der Amerikanischen Akademie für politische und soziale Wissenschaften. In seinen politischen Fähigkeiten und seinem Einfluß in Regierungskreisen überragt er wohl alle anderen Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Der tägliche Kampf auf dem Boden des Arbeitsrechts.

Entscheidung der Schiedsstelle gemäß Ziffer II 3 des Schiedsspruches vom 27. Mai 1927.

Auf der Schichtenanlage Rheinpreußen IV hatten die Schrankenwärter vor und während des Krieges eine Arbeitszeit von 8 Stunden täglich. Nach dem am 16. 27. Mai 1924 gefällten Schiedsspruch mußte nach Ziffer 3 der „Regelung der Schichtarbeit“ in den Tagesbetrieben, wo vor oder während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet wurde, die frühere Arbeitszeit wiederhergestellt werden. Dieses lehnte nach vorausgegangener Verhandlung mit dem Betriebsrat die Verwaltung ab. Der Betriebsausschuß sah sich deshalb gezwungen, die zu diesem Zweck vereinbarte Schiedsstelle anzurufen. Der Kamerad Köhnen vom Bergarbeiterverband hat dann die Klage vertreten.

Das Schiedsgericht fällt unter Würdigung der Schriftsätze der Parteien und der mündlichen Auslassungen der Parteien folgende Entscheidung:

Nach den eigenen Angaben des Vertreters der Beklagten waren die Schranken täglich durch die Schrankenwärter zu bedienen in dem Zeitraum von 1910—1914 für 20 Jahren, 1914—1918 für 27 Jahren und jetzt für etwa 18 Jahren. Gegenüber der Parteizugehörigkeit sei eine Fahrt zum Hofen fortgefallen.

Nach Ziffer 3 der „Regelung der Mehrarbeit“ vom 16. 27. Mai 1924 ist in den Tagesbetrieben, in denen bereits vor oder während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet worden ist, unter hohem näher angegebenen Voraussetzungen, die frühere Arbeitszeit wieder herzustellen.

Es genügt demnach die Gegenüberstellung der Zeit der Klageerhebung zu der Zeit vor dem Kriege. Nach der eigenen Angabe der Beklagten sind jetzt gegenüber der Vorkriegszeit die Schranken täglich nur zweimal weniger als in der Vorkriegszeit zu bedienen. Eine solche geringfügige Minderung der Arbeitsbedingungen kann jedoch die Anwendung der Ziffer 3 a. a. O. nicht ausschließen, weshalb die Schiedsstelle der Beklagten auferlegt, die frühere Arbeitszeit der Schrankenwärter ihrer Schichtenanlage Rheinpreußen IV wiederherzustellen. — Dieser Schiedsspruch ist endgültig und für beide Parteien verbindlich. — Eine Ausfertigung wird beiden Parteien zugestellt.

Der „altmodische“ Achtstundentag.

In Australien, dessen Provinzen zu einem großen Teil von Arbeiterregierungen verwaltet werden und das sich guter wirtschaftlicher und dazu auch noch ausgezeichneter sozialer Verhältnisse erfreut, haben zahlreiche Arbeiterorganisationen von Neu-Südwaales beschlossen, den bis jetzt gefeierten Propagandtag zugunsten des Achtstundentages abzuschaffen. Die Arbeiter sind allgemein der Ansicht, daß bei der Verwendung moderner Maschinen und der allgemeinen Einführung systematischer Produktionsmethoden der Arbeitstag noch mehr verkürzt und der jetzt geltende Achtstundentag aufgegeben werden kann. Die Propaganda für den Achtstundentag wird deshalb als „überlebt“ betrachtet. Mit welchen Gefühlen des Mitleids und der Verachtung müssen wohl die Australier auf Europa, das Zentrum der „modernen Zivilisation“, herabsehen, wo in einzelnen Ländern taum die Propaganda für den Achtstundentag gebildet wird!

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Wochum III. An der Proletarierkrankheit starb unser Kamerad Konrad Reimüller im Alter von 48 Jahren. Dem Verbandsgehörte er seit 1904 an. Er war mehrere Jahre Mitglied der Ortsverwaltung und Betriebsausschussmitglied der Zeche Caroline, wo er es immer verstand, die Interessen des Verbandes zu vertreten. Wir werden unserem Kameraden sein Wirken für die Organisation nicht vergessen.

Zahlsstelle Dahlhausen. Am 13. Januar verunglückte unser Kamerad August Kausch er auf der Zeche Hasenwinkel. Er wurde von Gesteinsmassen verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Als junger Kamerad hat er sich am 25. Januar 1921 der Jugendabteilung unseres Verbandes angeschlossen und gehörte seit dieser Zeit unserer Zahlsstelle als Mitglied an. Wir verlieren ein eifriges Mitglied und werden seiner in Ehren gedenken.

Wesenzahlsstelle Kirchath. Am 11. Januar starb der Kamerad Frz. Hendrick aus Bieherbeide (Holland). Er verwaltete das Amt des Zeitungsboten und war unserer Organisation immer ein eifriger Funktionär. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Zahlsstelle Sano. Am 28. Dezember verstarb nach längerem Leiden unser treuer Kamerad Hermann Wike. Er war stets ein treues Mitglied und eifriger Funktionär unserer Zahlsstelle. Er stand in vorderster Reihe, wo es galt, den Bergarbeiterverband zu verteidigen und zu schützen. Ehre seinem Andenken!

Ein Sechzigjähriger.

Rückblick auf die ersten Kampfjahre der Bergarbeiterbewegung.

Seinen 60. Geburtstag begeht am 1. Februar einer der wenigen noch lebenden Älten, die an der Wiege des Bergarbeiterverbandes gewaltig gestanden haben. Als Arbeitskamerad Fritz Bunters kam Alois Kuth bereits Mitte der 80er Jahre mit den führenden Personen der Bergarbeiterbewegung in engere Fühlung und zu häufigem gegenseitigen Meinungsaustausch. Im Mai 1889 machte auch er neben vielen Hundert anderen Kumpels seine letzte Schicht, vegetierte gleich diesen in allen möglichen vorübergehenden Arbeitsverhältnissen, bis er im Jahre 1891 ein leidliches Unterkommen bei der im Oktober nach Fall des Bismarckschen Ausnahmegesetzes in Dortmund begründeten „Westf. Freien Presse“ fand. Inzwischen hatten sich aber bei der „Bergarbeiter-Ztg.“ in Gelsenkirchen die Presseländer Heinrich Müllers und seines Vertreters Klüninghaus derart angehäuft, daß die Verbandsleitung die Beschaffung von Ersatz für notwendig hielt und führte dann der allzeit einen Ausweg findende Kuth Schreiber Anfang 1891 unseren Alois Kuth als weiteren „Staatsanwaltsfütter“ zum Redaktionschef, den er bis Anfang 1892 mit einigen kurzen Unterbrechungen, die sich aus der Verblüffung von Untersuchungshaft und Gefängnisstrafen ergaben, zunächst eine Gesamteinigung des Kuthschen Kontos vorgenommen, und so wanderte er, nachdem Hugo Schilde sein Nachfolger geworden, im Frühjahr 1892 zur Abblüdung seiner Sünden in die Strafanstalt zu Sersdorf, die er Anfang 1893 wieder verließ. Ein sonderbares Zusammenreffen wollte es, daß seine Entlassung mit dem in der Heimat erneut ausgebrochenen Bergarbeiterstreik zusammenfiel. Ueber alle Ereignisse war K. durch Zeitungsartikel auf dem Laufenden geblieben; ein Telegramm berief ihn bereits nach Gelsenkirchen, doch sollte seine Entlassung verhindert werden, da noch eine Geldstrafe von 50 M. bezahlt oder durch Gefängnis abgegolten werden mußte. Von diesem Umstand verblüffte Freunde, die vor den Toren auf die Entlassung warteten, erlegten kurzerhand den Strafbeitrag und der also Befreite dampfte mit dem nächsten Zuge nach Gelsenkirchen. Dort herrschte der weiße Schrecken, oder wie Heinrich Klüpingen damals sang: „Es ging ein scharfer Wind durchs Kohlenrund, durch die Kiebiere.“ Sämtliche Bergarbeiterführer, Redakteure, alles was irgendwie Namen in der Bewegung hatte, war gefänglich eingezogen und bevollmächtigte die Untersuchungsgefängnisse des Ruhrgebietes außer dem fränkischen Heinrich Müller und Joh. Marggraf, noch letzterer noch ein reichliches Konto von Gefängnisstrafen zu erledigen hatte. „Was tun?“ sprach auch hier Zeus. Nach kurzer Beratung setzte sich Alois Kuth abermals mit einem Ausruf: „Abblüdung vor!“ an den verwaisten Schreibtisch, bräute es aber außer einigen Flugblätter nur auf fünf oder sechs Wochennummern unseres Verbandsblattes. Als dann wies ihm der Staatsanwalt abermals auf lange Zeit bis Ende 1893 Quartier bei seinen noch im Gefängnis zu Essen weilenden Schicksalsgefährten an. Auch das Jahr 1894 brachte ihm als Nachwehen noch die Erledigung einiger geringfügiger Freiheitsstrafen und so konnte Kuth am Schluß der Tageliste feststellen, 26 mal wegen Preßvergehens, darunter mit 23 Monaten, Gefängnis bestraft zu sein, eine „Leistung“, die einzig und allein nur von den Verurteilungen im gerichtlichen Essener Meineidsprozeß übertrumpft worden ist. Nachdem die Staatsanwaltschaften ihr „absolve te“ endgültig gesprochen, wandte sich Alois Kuth wegen Mangel an Platz anderen Berufen zu, brachte aber stets der Arbeiter- und insbesondere der Bergarbeiterbewegung ein warmes Interesse entgegen. Mit einem scharfen Gedächtnis ausgerüstet, erzählt er noch gerne und oft ernste und heitere Erlebnisse aus sturmbelegter Zeit der 80er und 90er Jahre, die die Schwierigkeiten kennzeichnen, welche die Bergarbeiterbewegung in ihren Anfängen zu bekämpfen hatte und von denen manche verdienten, der Vergessenheit entrissen zu werden, wenn dieses nicht hier zu weit führen würde. Die letzten Jahre haben auch unserem alten Draufgänger übel mitgespielt. Die Inflation verschlang einen Notgroßen, in seinen Erwerbsverhältnissen durch ein chronisches Leiden behindert und vielfach ans Zimmer gebunden, verlebte er seine Tage recht und schlecht in Remgaa. b. Rippe bei seiner unverheirateten merkwürdigen ältesten Tochter.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Großer Wahlerfolg der freien Gewerkschaften.

Jetzt endlich wird das Ergebnis der Wahl zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, die schon am 14. Dezember 1921 stattfand, bekannt. Es wurden 1463 900 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste des A.D.G.B. 780 810 Stimmen und die Liste der christlichen Gewerkschaften 613 740 Stimmen, während die kommunistische Liste nur 52 388 Stimmen erhielt und der Rest sich auf vier örtlich aufgestellte Listen verteilte. Nach diesem Ergebnis erhält der A.D.G.B. 12 und die christlichen Gewerkschaften 8 Vertreter im Ausschuss der Landesversicherungsanstalt. Bei der letzten Wahl, die vor dem Kriege stattfand, erhielten die freien Gewerkschaften 3 Vertreter im Ausschuss, alle anderen fielen den christlichen Gewerkschaften zu. Der A.D.G.B. kann mit diesem Ergebnis zufrieden sein, da nunmehr auch der Vorstand der Landesversicherungsanstalt von zwei freien, die bisher dort gar nicht vertreten waren, und einem christlichen Gewerkschafter besetzt wird. Das Monopol der christlichen Gewerkschaften ist befristet im Westen Deutschlands, der Wiege und dem Rekrutierungsgebiet der christlichen Gewerkschaften. Ebenso erfreulich ist, daß die kommunistische Liste nicht mal einen Achtungs-

erfolg buchen kann. Die abgegebene Stimmenzahl reicht nicht für einen einzigen Vertreter im Ausschuss der Landesversicherungsanstalt.

Die Wahl für die Landesversicherungsanstalt Westfalen hatte ein ähnliches Ergebnis. Dort ziehen 9 Vertreter der freien und 6 Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den Ausschuss ein. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Westfalen wird nur von den freien Gewerkschaften besetzt.

Als weitere Folge dieses Wahlergebnisses ist zu bemerken, daß die Oberbergamtsämter und die Unfall-Vereinsvereinigungen nach dem gleichen Verhältnis wie im Ausschuss der Landesversicherungsanstalt zusammengesetzt sein werden.

Troßkolo Zuktände auf Neu-Herlorn II.

Es scheint, daß die Verwaltung der Schachtanlage Neu-Herlorn II sich nicht mehr darum kümmert, ob die Gebäulichkeiten und der Zechenbau in Ordnung bleibt. Auch um die bergpolizeiliche Verordnungsnummer kümmert sich kein Mensch, weder der Einfahrer noch der Herr Bergamtsassessor des Oberbergamts, sonst wäre es nicht möglich, daß Leben und Gesundheit der Bergarbeiter über wie unter Tage so aufs Spiel gesetzt wird. In der Waschküche fehlen viele Fensterstößen. An allen Ecken regnet es durch, so daß die Kleider naß werden. Durchzug ist infolge der zerbrochenen Fenster fortgesetzt vorhanden. Den Arbeitern klappert vor Kälte die Zähne und müssen obenbrein mit ihren durchnässten Kleidern nach Hause gehen oder anfahren. An Material ist es spärlich vorhanden. Sämtlich geschicht dieses auf eine vollständig verkehrte Art und Weise, so daß die Arbeiter mit den paar Nägeln die Arbeit nicht so ausführen können, wie sie ausgeführt werden muß. Schmieröl wird ebenfalls nur in einem Quantom von einem Viertelliter verschleudert. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Maschinen ruiniert werden und in Brand laufen.

Die Seilfahrt beginnt um 6 Uhr und soll um 6:30 Uhr beendet sein. Die Marke gibt es aber auch nur bis 6 Uhr, die Lampe bis 6:10 Uhr. Außerdem wird die Lampe nur verabsolgt an diejenigen, die sich umgekleidet haben. Die Arbeiter werden hier also gezwungen, bedeutend früher zur Zeche zu gehen, wie es notwendig ist. Ihre Schichtzeit wird gezwungenermaßen verlängert. Das Oberbergamt kümmert sich aber um all diese Dinge, wie es scheint, nicht. Die Zeche selbst bekümmert sich, wie oben angedeutet, ebenfalls nicht um die Bergpolizeiverordnung. Der § 349 der Bergpolizeiverordnung wird absolut nicht beachtet. In fast allen Steigerreblern fehlt es an Abstützmitteln, und wenn solche vorhanden sind, stehen sie wochenlang bis oben voll, so daß sie unbrauchbar sind und den Grubenbau noch verfehlen. Die Arbeiter wissen nicht, wohin sie gehen sollen, um ihre Notdurft zu verrichten. Zum Abtransport und Reinigen der Klübel hat man keine Zeit und keine Leute. Ebenso werden Menschenleben direkt aufs Spiel gesetzt dadurch, daß die Streden nicht in Ordnung gehalten werden. Viele Hölzer sind gebrochen und schwere Steine hängen los und bedrohen die betreffenden Personen, die fortgesetzt darunter herfahren müssen. Reparaturarbeiten sind keine oder nicht genügend vorhanden. Das Strafsystem steht in hoher Blüte. Einzelne Personen wurden bis zu 10 M. wegen unreinen Kohlen oder mitunterbeladenen Wagen bestraft, obwohl diese so voll geladen waren, wie es die Streden zulassen. Andererseits fallen die Kohlen unterwegs herunter. Die Streden sind mit Kohlen vollständig zugeworfen.

Eine feine Arbeit entsteht aber auch für den Staatsanwalt. Um Stapel werden Kohlenwagen nachgefüllt, d. h. man stiehlt eine Anzahl Kohlenwagen und füllt diejenigen Wagen, die unterwegs bis zum Stapel zusammengeliefert sind oder durch sonstige Unfälle zum Teil entleert wurden, nach. Die Kameradschaften erhalten diese ihnen gestohlenen Wagen nicht bezahlt.

Sieht die Zechenverwaltung nicht ein, daß sie sich hier strafbar macht? Von der christlichen Gefinnung der Herren Beamten wollen wir, wie es im „Bergknappen“ geschah, gar nicht reden, denn eine solche Gefinnung, wie sie hier kundgetan wird, läßt den moralischen Tiefstand vollständig erkennen. Vor allen Dingen ist das zu erkennen aus der Behandlung, wie sie den Invaliden und Alterspensionären zuteil wird. Lohnzulagen sollen diese Leute nicht haben, obwohl sie die Arbeit leisten wie andere auch. Der Tarifvertrag ist für die Zechenverwaltung von Neu-Herlorn II Unsin. Man führt sich nicht an ihn. Ebenso will man den Kohlenbauern nicht die Lohnzulage von 8,9 Pr. geben, sondern nur 4 Prozent. Die Gehilfsarbeiter sollen unter keinen Umständen mehr als gerade 7,06 M. verdienen. Das schlimme bei der ganzen Sache ist aber, daß viele Arbeiter, trotz dieser miserablen Behandlung, des Abends anfahren, Doppelschichten machen und dadurch beweisen, daß sie ihre eigene Lage gar nicht erkennen, in der sie leben. Ein prozentualer Zuschlag für die Ueberschichten wird nicht gezahlt. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß das Oberbergamt sich der Angelegenheit einmal annimmt und für Ordnung sorgt.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Schlagwetterexplosion im Hauptsticht Mariadorf bei Nachen.

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar ereignete sich in einem Stich der Grube Maria, Hauptsticht in Mariadorf, Kreis Nachen, aus bisher nicht aufklärten Ursachen eine Schlagwetterexplosion. In der Explosionsstelle befanden sich zwei Bergleute, zu deren Rettung sofort die mit Gaskochapparaten ausgerüstete Rettungskolonie der Grube Maria eingesetzt wurde. Das Vordringen der Rettungskolonie stieß auf größte Schwierigkeiten, weil an der Explosionsstelle die Strecke teilweise zusammengebrochen war. Da unmittelbare Lebensgefahr für die Mitglieder der Rettungskolonie bestand, wurde sie aus dem Bereich der Schwaden in die frische Luft zurückgezogen. Der am weitesten vorgebrungene Rettungsmann, Steiger Heinrich Simons aus Mariadorf, war durch Einatmen der Schwaden so geschwächt, daß er nicht mehr allein zurückkonnte. Nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen gelang es, ihn zu bergen, doch hatten Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg. — Die beiden verunglückten Bergleute Nikolaus Braun und Herbert Schöneberg konnten ebenfalls nur als Leichen geborgen werden. Die Untersuchung der Bergbehörde ist noch nicht abgeschlossen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Bergarbeiterkonferenz im Werratal.

Eine stark besuchte Konferenz der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes im Werratal tagte am Sonntag, den 4. Januar, in Wacha. Den Jahresbericht erstattete Kamerad Berg-Salzungen, den Kassenbericht Kamerad L. h. m. a. n. - Salzungen. Aus beiden Berichten ging hervor, daß der Verband durch die Inflationsperiode schwerer zu leiden hatte. Aber auch in dieser schweren Zeit haben die Funktionäre ihr Bestes getan, um die Organisation aufrecht zu erhalten. Eine in den letzten Wochen eingetretene Agitation hat gute Erfolge gezeigt und überall geht es wieder vorwärts. Die Funktionäre haben in ihren Zahlsstellen das Ruder wieder fest in der Hand. Eine sehr lebhaft und sachliche Aussprache setzte nach den gegebenen Berichten ein. Es wurde anerkannt, daß die Organisationsleitung ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt hat. Das Antreiber- und Ueberschichtenystem auf den Gruben wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Das Verhalten der Arbeitgeber in der Kalkulationsfrage bei den letzten Lohnverhandlungen wurde als skandalös bezeichnet. Die Einstellung des Reichsarbeitsministers beim Fällen von Schiedsprüchen war arbeiterfeindlich. Auf manchen Werken zahlen die Arbeitgeber den Akkordarbeitern noch unter Tariflohn aus. Eins können die Bergarbeiter nicht verstehen: Warum werden Arbeiter an Unternehmer abgegeben und dort höhere Löhne gezahlt? Ist die Arbeit der Bergarbeiter minderwertiger? Ueber das Knappschätzsystem wurde gleichfalls die notwendige Aufklärung gegeben. Durch Abschaffung der Familienbeihilfe herrscht bei Krankheitsfällen die größte Not in den Bergarbeiterfamilien. Zu kranken Frauen und Kindern können Ärzte in den meisten Fällen nicht hinzugezogen werden, weil Geld nicht vorhanden ist. Würden die Arbeitgebervertreter in den Bezirksknappschätzvereinen auch nur ein Fünkchen Menschlichkeitsgefühl in sich haben, würden sie nicht gegen die Anträge der Arbeitervertreter auf Wiedereinführung der Familien-

hilfe stimmen. Die Bergarbeiter verlangen unter allen Umständen die Wiedereinführung der Familienhilfe.

Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die am 4. Januar 1925 in Wacha tagende Konferenz der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes im Werratal beschließt: Durch die traurige wirtschaftliche Lage befinden sich die Bergarbeiter der Kalkulationsindustrie in großer Not. Die letzte Lohnverhöhung ist als völlig ungenügend zu bezeichnen. Während die Werksbesitzer glänzende Geschäfte machen, herrscht in den Bergarbeiterfamilien die größte Not. Die Besessenen erkennen an, daß der Verband alles getan hat, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Sie verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, welche bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu überwinden sind. Sie sind sich bewußt, daß nur eine starke, geschlossene Organisation in der Lage ist, ihre Lebenslage zu verbessern. Die Organisation auszubauen, sie finanziell zu stärken und die Unorganisierten dem Verband zuzuführen ist Pflicht eines jeden Kameraden.“

Bittere Lehren.

Bilder aus einem ehemaligen Dorado überoldtaier Mauthelden.

Aus einer ehemaligen Hochburg der bolschewistischen Massposition in Mitteldeutschland, dem Geisetal bei Halle, wird der Westfälische folgende Schilderung jekt dort herrschender und für die Bergarbeiter in allen Beziehungen zum Nachdenken anregender Zustände gegeben: „Das Geisetal, auf dessen Gruben noch vor drei Jahren die radikalen Moskauer, das Gefolge eines Max Holz, herrschte, trägt heute das Merkmal finsterner Reaktion und größter Drangsal für den Bergmann. Auf allen Gruben unbeschränkte Herrschaft von „Stahlhelm“, „Mehrwald“, gelben Werksvereinen und nicht zuletzt der „harmlosen“ Knappenevereine. Ganz Schwarz nur zeigt sich der Widerstand der Arbeiter gegen das Auftreten der Bergherren, denn jede offene Auflehnung gegen das Vorgehen der Direktionen wird mit sofortiger Entlassung bestraft. Ein solches System macht es natürlich dem einzelnen Arbeiter ganz unmöglich, seine Menschenrechte zu wahren. Hier kann nur eine starke gewerkschaftliche Organisation Abhilfe schaffen. Darum ist es erste Aufgabe aller berer, die diesen Zuständen zu Leibe gehen wollen, die Arbeiter, die heute lediglich als Werkzeuge der Werksherren benutzt werden, zum Zusammenstoß aufzurufen. Der Kampf aller organisierten Bergarbeiter muß sich heute in erster Linie gegen jene Subjekte richten, die die Spitzendienste der Direktionen besorgen. Rücklichtlose Brandmarlung und Bloßstellung dieser Verräter soll den Bergarbeitern die Augen über ihre Feinde öffnen.“

Es hat ein Antreiberystem Platz gegriffen, das den Streikern unter den Beamten raschesten Aufstieg möglich macht. Die Gedingeführer werden unerhört gedrückt, und auf die Klagen der Arbeiter über den geringen Lohn wird höhnisch gesagt, sie sollten — mehr arbeiten! Ein Arbeiter, der sich erlaubte, beim Direktor einer Grube vorfällig zu werden und einen kleinen Lohnzuschlag zu erbitten, erhielt die Antwort: „Ihre Frau muß mit 5 Mark die Woche auskommen, sonst kann sie nicht wirtschaften.“ Dieser Art also ist das Entgegen der Direktionen angelegentlich berechtigter Forderungen! Drangsal, Peinigung, Entwürdigung überall, wohin man blickt. Während früher die Deputatstahlen nach dem Wiegehause gebracht wurden, müssen heute die Arbeiterfrauen mit ihren Sandwagen über einen schmalen, kaum meterbreiten Laufweg über die Pressen hinwegfahren. Mit dem Zentner, der da nur aufgeladen werden kann, muß sich die Frau auf dem schmalen Steg abplagen; die Folge waren bereits mehrere Unglücksfälle.

Die gesetzlichen Schutzvorschriften für die Jugendlichen werden mißachtet. Entgegen der bergbehördlichen Vorschrift arbeiten nachts Jugendliche unter 16 Jahren. Wo bleibt das Oberbergamt? Es ist ein Sohn, aber paßt durchaus in das oberfaule System, daß man die Arbeiter durch allen möglichen Klimbim, Veranstaltungen usw. einzufangen und zu benebeln versucht, um sie blind zu machen für die Schäden, die man ihnen zufügt. Man gehe nur in die Höhlen der Bergleute (denn von Wohnungen ist doch kaum zu sprechen), da sieht man etwas ganz anderes als das, was die Grubenbarone erzählen von der Zufriedenheit der Bergarbeiter. Bitterstes Elend und die graue Sorge um das tägliche Brot stehen im Antlitz aller. Die Kinder laufen in Kleidern umher, deren ursprüngliche Farbe die vielen Fäden nicht mehr erkennen lassen.

Wird der Bergmann, auch der letzte, bald die Lehre aus all diesem ziehen, daß es nicht besser werden kann, ehe nicht die reaktionären „Stahlhelm“- und ähnlichen Organisationen verschwunden sind? Wollen sie länger auf Hilfe aus Nirgendwo warten? Nein, sie selbst müssen ihr Schicksal gestalten im Zusammenschluß zu machtvoller Organisation. Und deshalb muß jeder, der organisiert ist und damit seine Einsicht beweist, zu einem Agitator für die Sache der Gewerkschaft werden, um die Säumigen und Launen aufzurütteln!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Ehrung für Jubilare.

Am 25. Januar begeht die Zahlsstelle Weichstein (Bezirk Waldeburg) einen Ehrenabend für die Kameraden, welche eine Mitgliedszeit von 25 bis 34 Jahren aufzuweisen haben. Es sind dies die Kameraden: Ernst Neumann, Josef Hausdorf, Heinrich Wotth, Hermann Küffer, Paul Müller, Karl Steiner, Karl Schmidt, Julius Dierig, Franz Wagner, Josef Rosenberger, Karl Schubert, Gustav Schloffer und Gustav Berger. Alle diese Kameraden, haben ohne Ausnahme der Zahlsstelle ihre Kraft zur Verfügung gestellt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 4. Woche (vom 18. bis 24. Januar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die Ruhrbezirksleitung unseres Verbandes hat ihren Sitz von Wochum, Wiemelhauser Straße 38/42 nach Wochum, Pieperstraße 37 verlegt. Es müssen nunmehr die Abrechnungen des Ruhrgebietes sowie alle Schreiben in Tarif-, Betriebsräte-, Rechtschub- oder sonstige das Ruhrgebiet betreffende Fragen, soweit die Erledigung nicht durch die Verwaltungsstellen erfolgen kann, der Ruhrbezirksleitung übermittelt werden. Bei telephonischem Anruf sind die Nummern 4593 und 4594, Amt Wochum, zu benutzen. — Im übrigen bitten wir, unter Hundschreiben Nr. 23 vom 23. Dezember 1924 genau zu beachten.

Krankengeldauszahlung.

Wochum. Am 15. jeden Monats, beim Kassierer Wilhelm Seikmann, Soolbadstraße 68.
Wochum III. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr in der Wohnung des Kassierers Heinrich Lampmann, Denneplatz 1 (Siedlung Kottmannshof).
Buer-Bülfe. Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr, beim Kassierer Valentin Plagel, Kolonie Bergmannsglück, Sagenredestraße 4 b.
Kran I. Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11—1 Uhr, beim Kassierer Fritz Wensing, Mattenfelder Straße 70.
Kupferberg. Jeden ersten Sonntag im Monat Unterstützungsauszahlung beim Kassierer Karl Rose, Marienbergstraße 43.
Weselfewig (Thür.) Jeden Sonnabend von 5—7 Uhr nachm., beim Kameraden Wurler, Ringstraße 11. — Verbandsbuch, Krankenschein und andere notwendige Ausweise sind in jedem Falle mitzubringen.

Bücherrevision.

Wochum-Hövel. Ende Januar. — Jahn II. Vom 20. Januar bis 15. Februar. — Coltebrau (N.-L.) Vom 1. bis 8. Februar.

Stranzjubiläum.

Wochum. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung vom 11. 1. 25 werden im Jan. und Febr. drei Kranzenbemerken zu je 10 Pf. gestellt.

Der Jungtamerad

Das Proletariat.

Ich bin das Proletariat. Meine Hände sind groß wie Schaufeln. Mein Antlitz ist alt und runzig wie die Felswand. Mein Herz aber ist heiß und rot, rot und heiß ist mein Herz wie das Herz des fruchtbarsten Erdgeistes.

Sie haben mich viel geküßert, meine Feinde, die Reichen. Sie haben mich geschunden und gequält zu allen Zeiten. Mit allen Zungen der Welt haben sie mich verleumdet. Manchmal wohl donnerte auf mein Born, dann zitterten die allen Gesellschaftsformen.

Ich bin das Proletariat. Ich wachse auf wie ein Riese. Ich bin wie der Baum des Lebens, süße und schöne Früchte hängen an meinen hunderttausend Ästern. In meinem Blattgefieder zwitschern die Vögelin der Kunst und die Vögelin der Wissenschaft.

Ich bin das Proletariat. Meine Beine durchwaten die Meere. Ich bin wie Brücke, verbindend Kontinent zu Kontinent. Ich bin aber auch ganz klein. Ich, das Proletariat, bin wie ein Kind, unselbständig, gedankengerrissen, ich spiele mit Ideen, anstatt mit Ideen zu blitzen.

Ich bin das Proletariat. An mich Kind und Riese glaubt aber die Menschheit. Die Menschheit glaubt an die Güte meines Herzens. Mein Herz sprach aus der Offenbarung Johanni, mein Herz gestaltete der Nazarener zu einer festen klaren Form: „Liebe du und zeuge du!“

Ich bin das Proletariat. Ich bin Hand. Ich bin die Hand der Gerechtigkeit. Ich bin das Werkzeug der Allmacht. Durch mich wird bereinigt das „Tausendjährige Reich“.

Nachts wohl träumen von mir die Jünglinge und die Jungfrauen, da sehen sie mich über der Welt auftragen, ich trage eine Krone, das Sternendiadem. Ich bin weislich, ich bin die Fruchtbarkeit, Mütterlichkeit, Born, Milde und Zukunft.

Ich bin das Proletariat! Mag Dortu.

Die fortschreitende Technik als Produktionsfaktor.

Technische Momentbilder aus der nordamerikanischen Automobilindustrie.

In der „Metallarbeiter-Zeitung“ dem Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes, veröffentlicht der als Kenner außerordentlicher Verhältnisse bekannte Verfasser des Buches „Eines Arbeiters Weltreise“, Erik Kummer, eine Serie äußerst interessanter Artikel über die Entwicklung der nordamerikanischen Automobilindustrie im Richte höchster Entfaltung auf dem Gebiete der Produktion. Die Ausführungen Kummers sind auch für die Bergarbeiter, die gegen die Ueberarbeitsforderungen der Unternehmer mit dem Verlangen nach einer besseren Organisation und technischen Verbesserung der Produktionsformen im Bergbau antworten, von großer Bedeutung. In dem Schlussaufsatz der Artikelserie heißt es:

Wie anderswo, so ist auch in den Vereinigten Staaten die Automobilindustrie dem Fahrabgewandte entzogen. Von diesem überkam ihnen Gedanken, Werkzeuge, Arbeitsweisen und Bauformen. Es stellte sich indessen bald heraus, daß mit dem geistigen und materiellen Erbgut die Ziele, die dem neuesten Verkehrsmittel gestellt, nicht zu erreichen waren. Die Notwendigkeit neuer Mittel und Wege wurde mit unterschiedlichem Drang und Eile erfüllt. Die Zeit des Lastens und Versuchens wurde nachdrücklich abgelehnt durch den Krieg. Dessen Zwang, das Höchstmögliche zu leisten, ließ eine Anzahl Ideen in lühnem Zuge verwirklichen. Aus den gutgehabten Heeresaufträgen quollen die Mittel der Verwirklichung. Techniker und Betriebsorganisationsleute konnten nun einen Hochflug wagen. Für die Art, wie man mit Ueberkommenem brach, mag folgendes Beispiel zeugen: In einem Werk wurde ein Junge zum Zusammentragen des Schreibwerts von Werkstätten und Bureau angeordnet, und man riefte ihn dafür mit Kollschuhen aus. Der sich so bewegend Junge besorgte bald ganz allein die Arbeit, wofür vordem sechs Angestellte nötig waren. Kann man sich einen deutschen Fabrikanten vorstellen, der so viel geschäftlichen Pferdebestand besitzt, daß er die gängebefordern Jungen auf Kollschuhen durch die Buden eingeln ließe?

Eine Reihe von Versuchen, im Kriege begonnen, wurden nach Friedensschluß verwirklicht und weitergeführt. Die Mühe trug die folgenden Jahre reiche Frucht. In welchem Maße, ist schon daran zu erkennen, daß in einer größeren Fabrik im Jahre 1920 je 36 Mann einen Wagen je Tag bauten, 1924 aber geschah dies schon von 20 Mann.

In den ersten Tagen des Automobilbaus, schreibt William Schoenwelder („National Geographic Magazine“, Oktober 1923), wurde das Material für die Montage eines Wagens hingeschleppt auf den Werkstatthoden, wo dann das Automobil aufgebaut wurde. Später führte man die Zusammenführung in Fortbewegung (conveyor system) mit Arbeitsteilung ein, und durch schrittweise Verbesserung der Handlung von Material und der Vollziehung der Tätigkeiten wurde die für die Zusammenführung eines Wagens notwendige Zeit ungeheuer verkürzt. In einem Werk waren mit dem früheren Verfahren 12 Stunden 28 Minuten nötig, um ein Gestell zusammenzusetzen, diese Zeit wurde durch schrittweise Verbesserungen auf 1 Stunde 23 Minuten heruntergebracht. In einer anderen Fabrik bewegt sich die Bahn der Gestellzusammenführung in einer Schnelligkeit von 6 Fuß je Minute vorwärts, und es sind 45 Tätigkeiten zu verrichten. Der Mann, der die Zubehörtteile einsetzt, macht sie nicht fest, so daß eine Schraube von einem Mann eingesetzt, die Mutter von einem anderen aufgedreht, von einem dritten angezogen wird. Ehe das Ende der Bahn erreicht ist, ist die Maschine gedreht, mit Benzin versehen, der Kühler mit Wasser gefüllt, ein Rollenpaar dreht die Räder an, der Motor setzt ein — und der Wagen rückt davon durch eigene Kraft mit einem Führer am Steuer.

Mit den alten Verfahren und Werkzeugen hätte weder der mächtig wachsende Massenbedarf befriedigt, noch die Leistung je Mann vermehren können, noch das Produkt so beträchtlich verbilligt werden können. Daß dies möglich wurde, ist dem Streben zuzuschreiben, die Menschenarbeit, wo immer nur möglich, der Maschine zu übertragen. Wie weit das in der nordamerikanischen Automobilindustrie gedeutet ist, sei nun an ein paar Beispielen gezeigt. Die Liste hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind nur einige von den Beispielen herausgegriffen, die sich auf engem Raume leicht verständlich machen lassen. Sie mögen dem deutschen Automobilarbeiter genügen, sich einen annähernden Begriff zu machen von den Arbeitsweisen und der technischen Einrichtung seiner Industrie in den Vereinigten Staaten. Damit wird er einigermaßen imstande sein, einen Vergleich zwischen ihnen und seinen zu ziehen. Die Beispiele sollen bei uns das Verständnis wecken für die Verbesserungsbedürftigkeit der technischen Ausrüstung und der Arbeits-

Von Fachleuten wird behauptet, auf den Rahmen des Automobils sei mehr Gedankenarbeit verwendet worden, als auf die Erzeugung eines geeigneten Stahls für Wolkenkratzer. Der zufriedenstellendste Rahmen, der bis jetzt hergestellt, ist aus gepreßtem Stahl und genietet. Eine besondere Maschine stellt diesen Rahmen her. Sie nimmt alle Zubehörtteile zusammen, steckt die Nieten in die Löcher und staucht ihnen fast den Kopf auf. Ein Mann in einem Stand überwacht die Tätigkeit der Maschine. Sie soll 6 Rahmen in der Minute oder 3600 in 10 Stunden fertigen. Um eine solche Menge mit der Hand herzustellen, wären 175 Mann nötig.

Früher netzte man viele Teile des Wagens zusammen. In den Kriegsjahren wurde ein großer Teil der Neterei von der (elektrischen) Schweißerei verdrängt. Das neue Verfahren hat sich gut bewährt, dünne Bleche und ähnliche Metallstücke zu verbinden. Es besteht darin, zwei elektrische Pole mit dem Druck eines Fußtrreters zusammenzubringen. Die zu vereinigenden Teile werden zwischen die Enden der Pole gebracht, und wenn sich die Teile berühren, sind sie fast augenblicklich zusammengegeschweißt. Ein Mann, der eine solche Maschine bedient, kann Metallblechteile an acht Stellen schon in der Zeit schweißen, wo ein Netzer nur einen Niet machen kann. Mit dieser Maschine leistet ein Mann so viel wie acht Handnetzer.

Durch die Einführung von selbsttätigen Maschinen und Standardisierung der Teile sind wohl viele gelernte Leute überflüssig gemacht, aber keine Verminderung der Arbeitsgelegenheit dadurch herbeigeführt worden. Eine Schätzung besagt, daß ein einziges Werk, wenn es noch mit den alten Verfahren arbeitete, zwei Millionen Leute nötig hätte, während es heute mit 100 000 Mann auskommt, und sein allerbilligster Wagen würde so viel wie sein allertuerster kosten, er wäre also jenseits der Kaufkraft fast all der Leute, die heute in Nordamerika ein Automobil ihr eigen nennen.

Ein mächtiger Bohrmaschinenblock bohrt heute 50 Löcher verschiedener Größe in vier Richtungen auf einmal. Eine selbsttätige Häute-

preßt und — anfänglich — mittels Azethlen geschweißt. Da diese Schweißerei viel gelernte Leute helfte, auch nicht genug hergestellt werden konnten, um dem Bedarf zu genügen, ging man zum elektrischen Schweißen der Teile über. Auf die neue Weise vermag ein ungelerner Mann stündlich 60 Stück zu schweißen, gegen 12½ Stück mit dem alten Brenner. Durch den Uebergang zum ganz eisernen Ueberbau ist eine viel höhere Sicherheit des Wagens, dann eine größere Schnelligkeit in der Umwandlung des Rohstoffes in Fertigprodukt erreicht worden. In einer bestimmten Fabrik werden alle Teile in zwei Stunden gepreßt, das Zusammenschweißen mit Verputzen dauert etwa sechs Stunden. Der so weit fertige Ueberbau wird dann gereinigt, ausgeglättet und zum Emaillieren fertig gemacht, die Stücke hierauf an einen in der Höhe laufenden Rollgang gehängt, der sie selbsttätig in die Emailbehälter taucht und heraushebt, in den Ofen und, nach der als best herausgefundenen Dauer, wieder herausführt. Das Emaillieren aller (emaillierten) Teile eines Wagens kostete früher mit Hand 10,37 Mk., heute mit dem selbsttätigen Verfahren nur noch 2,31 Mk.

Rote Erde, rote Männer, rotes Glück.

Wir sind die Männer von der roten Erde. Wir sind die roten Männer, denn rot ist das Eisen in unserer Erde, rot sind die Flammen, darin wir es schmelzen, rot ist unser Himmel, der von den strahlenden Feuern unserer Hochöfen gefärbt ist, rot ist die Liebe, mit der wir an unserer Heimat hängen. Rot ist die Fahne, unter der wir kämpfen für alles, was wir lieben, und alles, was wir ersehnen. Und rot ist das Blut, das wir hingeben für unsere Heimat, für unsere Freiheit, für unseren Stolz, denn wir sind die roten Männer. Wir sind die Männer der roten Erde.

Aber auch schwarz ist die rote Erde. Schwarze Kohlen birgt sie und schwarz sind die Männer, die sie loshauen, tief drinnen in der Erde. Und schwarze Trauer fällt alle Menschen unserer Heimat, wenn der tödliche Schacht seine Opfer fordert. Aber auch die Strafen sind schwarz, wenn wir uns im Strome von Tausenden hindurchwälzen: Achtung zu fordern und Brot, Recht zu erkämpfen und Freiheit.

Freiheit, das ist die Sehnsucht aller auf der roten Erde. Und darum sind auch im Reiche der schwarzen Kohle die Nächte nicht schwarz. Immer bricht irgendwo ein Licht in das Dunkel, immer erstirbt in den Herzen die Sehnsucht nach den stolzen Zielen: Freiheit, Freude, Begeisterung, immer ist eine Liebe in uns, immer sind wir bereit zu mutigstem Kampf. Und einmal wird uns im Siege die Krone werden: Sozialismus!

Und Zuvorsticht macht die Herzen noch röter. Und die Liebe noch heißer, die da verbindet uns roten Männer mit der roten Erde. Und stolzer noch weht uns die rote Fahne voran. Erich Grisar.

Wetterlehre.

III.

b) Kohlenstaub.

Beim Abbau von Steinkohlenflözen bildet sich Staub, in einem mehr, im anderen weniger, da die Neigung zur Staubbildung bei den einzelnen Flözen sehr verschieden ist. Dieser Staub trocknet infolge der beträchtlichen Feuchtigkeitenaufnahme der Grubenwetter vor Betriebspunkten, welche keine natürliche Feuchtigkeit durch zufließende Wasser aufzuweisen haben, in kurzer Zeit aus. Der Staub bleibt teils vor Ort liegen, teils wird er durch die Förderung und Wetterführung über das ganze Grubengebäude verteilt und schlägt sich am Stöße oder auf der Zimmerung nieder. Kohlenstaub ist nun, wenn er durch die Luft in Bewegung gebracht wird, sehr gefährlich, da er dann sich besonders leicht entzündet. Dabei bildet er giftige Rauchschwaden und so lange Schlagwetter, bis aller Staub verbrannt ist. Eine Kohlenstaubexplosion beschränkt sich deshalb nicht auf einen Betriebspunkt und die nächste Nachbarschaft wie die Schlagwetterexplosion, sondern sie pflanzt sich mit beträchtlicher Geschwindigkeit über größere Entfernungen fort. Staubexplosionen sind auch in anderen Betrieben, z. B. Braunkohlenbrikettfabriken, Mühlen usw., wo der Staub vielfach noch feiner als auf Steinkohlenlagern ist, zu verzeichnen und wegen ihrer Wirkungen sehr gefährlich.

Die Kohlenstaubexplosionen werden fast immer durch äußere Ursachen eingeleitet, sei es durch Ausschlagen eines schlecht besetzten Sprengschusses in eine Ansammlung von Kohlenstaub hinein, sei es durch eine lokale Schlagwetterexplosion, welche den benachbarten Kohlenstaub in der Luft aufwirbelt und dann zur Entzündung bringt. Es ist deshalb verboten, Kohlenstaub zum Besetzen von Sprengschüssen zu verwenden. Die Kohlenstaubexplosion wirkt dadurch so besonders nachteilig, daß in ganz kurzer Zeit alle Baue mit giftigen Rauchschwaden erfüllt sind und deshalb auch Teile der Belegschaft in Erstickengefahr geraten, die sich weit entfernt von dem Explosionsherde befinden.

Kennzeichnend für den Nachweis einer Kohlenstaubexplosion ist die Bildung von Rostkrusten auf der Zimmerung. Diese Krusten sind bei Feuertohlenstaub viel deutlicher ausgeprägt als bei Magerkohlenstaub. Da bei Beginn der Explosion nur ein Teil des Staubes zur Explosion gelangt, so wird der Herd der Explosion in der Regel weniger stark beschädigt. Mit der Mischung von Staub und Luft, welche mit der weiteren Fortpflanzung der Explosion immer inniger wird, wird auch die Wirkung der Explosion bestiger. Da der Sauerstoffgehalt der Luft im frischen Wetterstrom größer als im verbrauchten ist, so pflanzt sich eine derartige Explosion dem Wetterstrom entgegengekehrt fort.

Maßnahmen zur Behebung der Kohlenstaubgefahr. Die Stoßkränkung nach dem Vorschlage von Meißner will die Anwendung von Sprengstoff und damit eine der Entstehungsursachen von Kohlenstaubexplosionen beseitigen. Vom Sicherheitsgesichtspunkte aus betrachtet ist der Gebanke zweifellos gut; in der Praxis scheitert er daran, daß auch nicht annähernd die Wirkungen von Sprengstoff erreicht werden.

Die Verleselung ist auf den deutschen, zur Staubbildung neigenden Kohlenlagern fast überall eingeführt. Das Verfahren besteht im wesentlichen darin, daß an sämtlichen Abbauen eine Spritzwasserleitung nachgeführt wird, welche entweder von über Tage oder aus einem auf einer oberen Sohle befindlichen Wasserbehälter gespeist wird. Vor dem Schießen werden die Betriebspunkte aus dieser Leitung gründlich angefeuchtet. Daneben werden auch die Hauptförderstrecken und Wetterwege durch feine Düsen an bestimmten Stellen ständig feucht gehalten und damit einer etwa entstehenden Explosion der Weg gesperrt. Ueber die Bemessung der für die Verleselung erforderlichen Rohrleitungen vergleiche man die Ausführungen von Winkel. Die Vorteile des Verleselungsverfahrens liegen in der zweifellos größeren Sicherheit gegen Kohlenstaubexplosionen, in dem Vorhandensein von Wasser für staubende Bohrarbeiten im Gestein und in der Mäßigkeit, die feuchten Grubenbrände leicht löschen zu können. Nachteilig wirkt das Vorhandensein von Wasser bei zum Queren neigendem Gestein durch die damit verbundene Zunahme der Zimmerungsarbeit, die Verleselung der Arbeit in niedrigen Stollen,

Du bist noch jung...

Du bist noch jung! Aus deinen Augen sprühen Die bunten Strahlen junger Lebenslust.

Die Rosen deiner Jugend blühen, Die Sterne deiner Sehnsucht glühen Und Pläne sprengen deine Brust.

Du bist noch jung, doch deine Adlerschwinge Baud schon das Schicksal an den Pflock der Frau.

Wenn Sonnenkinder frühlich singen, In Wald und Feld wie Rehe springen, Werkst du im Schweiß für kargen Lohn.

Du bist noch jung, doch schon im Lenze reifen Zur Frucht die Blüten deiner Manneskraft.

Wenn raub des Daseins Stürme pfeifen, Lernet dich die Not, das Schwert zu schleifen, Das freie Bahn den Schwachen schafft!

Du bist noch jung! Dir wird die Welt zu eigen, Wenn deine Jugend sich nicht selbst verträumt.

Du mußt den Berg der Welt erstelgen Und stolz dein Feuerherz ihr zeigen, Darin das Blut der Freiheit schäumt.

Victor Kallnowski

meßmaschine errechnet den Flächeninhalt einer Haut mit all ihren Unregelmäßigkeiten. In dem Maße, wie die Haut durch die Maschine geht, wird jeder Geviertzoll automatisch aufgeschrieben und die Summe auf ein Zifferblatt von dem Bedienungsmann eingetragen. Früher, mit der Hand, war das Zupappen und Löten der Rührerdröhen eine mühselige Sache, die viele geschulte Leute heftete. Heute biegt eine Maschine die Röhren von einem Kupferstreifen, lötet sie und schneidet sie auf Länge. Auf diese Weise werden 3000 Stück je Stunde verfertigt. Früher fertigte ein Löter stündlich zwei Rührer, heute, wo der Rührer an einem Rollgang in einen Ofen geführt und in Lötzinn getaucht wird, 40 je Stunde.

Lange Zeit wurden die Zylinderblöde und -köpfe mit einer Einspindelmaschine gehohlet, und ein Mann brachte damit, wenn es hoch ging, stündlich neun Stück fertig. Nun ist eine Dreispindelmaschine in Brauch, womit ein Mann 31 Blöde stündlich bohrt, außerdem noch elf Löcher mehr zur Befestigung anderer Teile. Mit dieser neuen Bohrmachine ist eine Bank zum Drehen der Erzentervellen gekommen. Bis dahin waren Erzentervellen und Welle nicht aus einem Stück, sondern die Erzenter wurden, nachdem sie auf der Fräsmaschine vorgearbeitet, auf die Welle gefügt, worauf die Erzentervellen auf einer Bank mit Kopierplatte fertig gedreht wurden. An Stelle dieser Bank ist nun eine andere getreten, die so eingerichtet ist, daß sie 8 bis 12 Erzentervellen, also alle, die für einen vier- oder sechsphasigen Motor nötig sind, auf einmal und in der genaueren Stellung hintereinander dreht. Die Bank arbeitet ganz automatisch und hält von selbst ein, wenn die Arbeit vollendet ist. Nicht nur, daß ihre Art sauberer ist, sondern sie fertigt auch je Mann acht bis zwanzig mehr und läßt im Gegenfall zu ihrer Vorgängerin keinerlei Möglichkeit von Irrtümern hinsichtlich der genauen Stellung der Erzentervellen.

Im Jahre 1905 kam mit verschiedenen neuen Werkzeugen auch eine Maschine zum Ausschleifen der Zylinder, die, etwas verbessert, heute noch in vielen Fabriken verwendet wird. Sie wird aber immer mehr verdrängt von einer Maschine, die die Zylinderflächen nicht mehr schleift, sondern abzieht, wodurch, was äußerst wichtig ist, eine fast glasglatte Innenfläche erreicht wird, was mit der rotierenden Schmirgelscheibe nicht erreicht werden konnte. Die Einzelheiten dieser Abziehmaschine müssen hier übergangen werden. Möge es genügen, hinzuweisen, daß die Maschine vier Spindeln hat, so daß vier Zylinder auf einmal bearbeitet werden können. Mit der alten Schleifmaschine schiff in dem Werte A ein Mann in 9 Stunden 21 Blöde je vier Zylinder, heute mit der Abziehmaschine aber 170 Blöde. Im Werte B mit einem etwas anderen Modell schiff früher ein Mann in 9 Stunden 27 Blöde, heute aber 225. Bis vor kurzer Zeit vermochte ein Mann auf einer Dreispindelmaschine in 9 Stunden 150 Rollen zu bohren, heute mit einer selbsttätigen Maschine nicht weniger als 355.

Der stark gestiegene Massenbedarf sowie die Notwendigkeit, schnell zu liefern, als auch noch andere Erfordernisse zwingen, vom Holzernen Ueberbau (Kassette), der geschulte Leute, trodenes Holz und viel Farbe braucht, zum eisernen überzugehen. Die verschiedenen Teile des Ueberbaues werden nun aus Eisenblech mit einer Entschleimrolle gefertigt. Möglicherweise von Irrtümern hinsichtlich der genauen Stellung der Erzentervellen.

Die Sicherung durch Zonen.

Während das bisher beschriebene Verfestungsverfahren wohl in den meisten der staubgefährdeten Gruben zur Anwendung gelangt, sind die Meinungen über den Wert der Zonensicherung geteilt.

Eine Vereinigung konzentrierter und gewöhnlicher nasser Zonen stellen die Zorkonen dar, bei denen Torfsoden in vergrößertem Maße vorkommen.

c) Grubenbrand.

Ursachen der Grubenbrände. Grubenbrand entsteht durch Selbstentzündung der Kohle oder aus äußeren Ursachen. Selbstentzündung der Kohle wird mehr oder minder begünstigt durch den Grad der Luft, durch Oxydationsfähigkeit der Kohle und deren Beimengungen.

Vorbereitende Mittel. Ueber Lage müssen die Anlagen möglichst feuerfester hergestellt, leicht brennbare Gegenstände dürfen nur in genügender Entfernung von den Schächten aufbewahrt werden.

Verkaufsmäßig zu regeln. Brände, die an zugänglichen Stellen entzündet sind, können unter Zufuhr von tragbaren Feuerlöschgeräten („Minimax“, „Totol“ usw.) oder mit Wasser gelöscht werden.

Es empfiehlt sich, auf brandgefährlichen Gruben die ausgezeichneten Leitfäden der Oberflächlichen Grubenbrandkommission zur Verhütung von Grubenbrand genau zu befolgen.

Das „trockene“ Amerika.

Ueber die Wirkungen des seit dem 16. Januar 1920 in den Vereinigten Staaten bestehenden Alkoholverbotes werden in der deutschen Presse die widersprechendsten Nachrichten verbreitet.

Die Statistik der Alkoholverbote in den Vereinigten Staaten zeigt, dass die Zahl der Alkoholikern in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen hat.

Die Statistik der Alkoholikern in den Vereinigten Staaten zeigt, dass die Zahl der Alkoholikern in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen hat.

Die Statistik der Alkoholikern in den Vereinigten Staaten zeigt, dass die Zahl der Alkoholikern in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen hat.

Die weit überwiegende Anzahl der Befragten (345 von 526) hätte sich wahrscheinlich nicht so außerordentlich günstig über das Alkoholverbot ausgesprochen, wenn Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang eine seiner Folgen gewesen wäre.

Zusammenfassend lässt man sagen, dass die günstigen Wirkungen der Alkoholverbote ihre ethischen schädlichen Folgen weit überwiegen.

Bücher und Schriften.

Internationales Arbeitsrecht.

Eine Einführung von Clemens Röpke (Verlags-Gesellschaft des ADGB, m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6). 48 Seiten. Preis 1 Mk.

Diese Schrift soll die Arbeiter und die Angestellten mit dem internationalen Arbeitsrecht, seinen Zwecken und Zielen vertraut machen.

Rolle und Produktionskraft.

Die Zollfrage als Problem der Produktionspolitik nach der Marktstabilisierung. Von Arthur Saterius. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 3 Mk.

Die Zollfrage und mit ihr die Probleme der Handelsvertragspolitik stehen in den letzten Monaten im Brennpunkt der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen Deutschlands.

Trotski: Die Lehren der Revolution 1917.

Der Verlag E. Raub, Berlin W 90, hat es übernommen, die internationale Schrift Trotskis, die den äußeren Anlaß zu seiner Kollisionsstellung durch die bolschewistischen Machthaber in Sowjetrußland und Stalin bot, in deutscher Uebersetzung herauszugeben.

Taschenbuch der Arbeit.

Der Dieck-Verlag hat in diesem Jahre den Arbeiter-Motiv-Kalender unter dem Titel „Taschenbuch der Arbeit“ in einer ganz neuen Form erscheinen lassen.

Advertisement for '5 Magn' with an image of a hand holding a magnifying glass over a document.

Advertisement for 'FAHRRÄDER 62 MARK' featuring a bicycle image and text about a catalog.

Advertisement for 'Toga-Tabletten' with an image of a medicine bottle and text about its benefits.

Advertisement for 'Honig' (Honey) with text describing its quality and price.

Advertisement for 'Laubsägerei' (Leaf-cutting) with text about their services.

Advertisement for 'Billige höhmische Bettfedern!' (Cheap goose down pillows).

Advertisement for 'Musikinstrumente' (Musical instruments) with an image of a violin.

Advertisement for 'Musikinstrumente' (Musical instruments) with an image of a guitar.

Advertisement for '3 Schläger!!' (Three bats) with an image of baseball bats.

Advertisement for 'MUSIK INSTRUMENTE' with an image of a harmonica.

Advertisement for 'Bei Haarausfall' (For hair loss) with text about a treatment.

Advertisement for 'Postversand' (Post delivery) with text about their services.

Advertisement for 'Bettmatten' (Mattresses) with text about their quality.

Advertisement for 'Strickwolle' (Wool) with text about their products.

Advertisement for 'Musikinstrumente' (Musical instruments) with an image of a piano.

Advertisement for 'Futterale' (Feed troughs) with text about their products.

Advertisement for 'Die deutschen Arbeiter' (The German workers) with text about their organization.